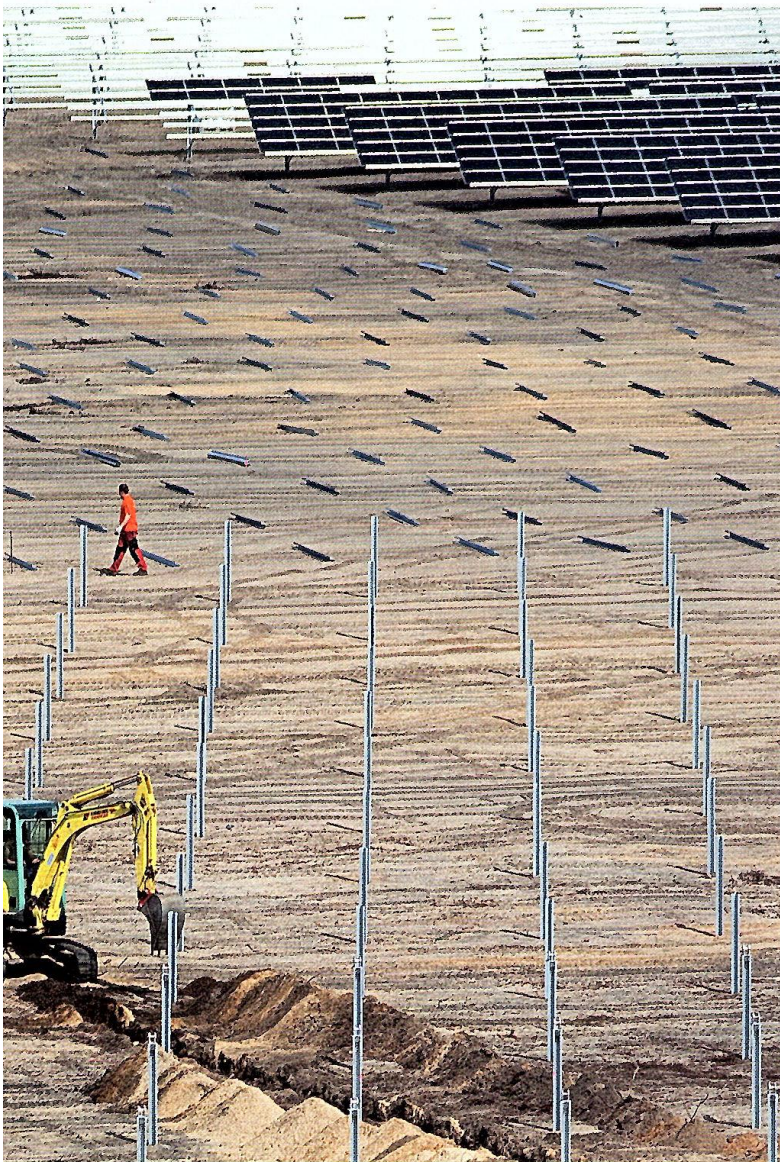


Ackeranlagen vor dem Aus

Das günstigste Photovoltaik-Segment soll die größten Tarifkürzungen hinnehmen. In Deutschland wird es vorerst wohl **keine neuen Freiflächenanlagen** mehr geben.



Lieber Weizen statt Sonnenstrom ernten? Die Förderung von PV-Anlagen auf dem Acker soll um 25 Prozent sinken.

Text: Sascha Rentzing

Georg Nüßlein, energiepolitischer Sprecher der CSU, ist zufrieden: CDU-Bundesumweltminister Norbert Röttgen habe mit seinen Plänen zur Kürzung der Solarvergütung eine gute Diskussionsgrundlage für weitere Senkungen geschaffen. Zielgenau, so Nüßlein, sei bereits die vorgeschlagene Tarifabsenkung für Freilandanlagen: Sobald sie auf Ackerflächen stehen, sollen sie vom Sommer an 25 Prozent weniger Förderung erhalten – nur noch 21 Cent pro Kilowattstunde (siehe Seite 22). „Runter vom Acker, rauf aufs Dach – hier hat der Minister die Kreuther Forderungen der CSU aufgegriffen“, so der Energiepolitiker.

Während die CSU Röttgens Weitsicht lobt, tobt die Solarbranche: „Die Pläne würden den Tod der Freifläche in Deutschland bedeuten“, sagt Andrea Wegner vom Photovoltaik (PV)-Anbieter Phönix Solar. Eine Absenkung der Fördersätze um 45 Prozent innerhalb eines Jahres könne keine Industrie verkraften. Bei Dachanlagen sowie Freilandkraftwerken auf Industrie- oder Militärbrachen sollen die Hilfen dagegen nur um 15 Prozent gekappt werden. Ein Tabu für den Acker würde Projektierer und Kraftwerkbauer in Deutschland hart treffen. Der Marktanteil des Freilandsegments, das Anlagen auf ehemals agrarisch genutzten Flächen dominieren, lag in den vergangenen Jahren stetig bei mehr als zehn Prozent.

Hohe Pachten sorgen für Unmut

Verlierer der geplanten Neuregelung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) wären auch die Landwirte, die lieber Sonnenstrom statt Weizen ernten wollen. Aber um diese Klientel geht es der Bundesregierung nicht. Der Boom hat vor allem im sonnenver-

wöhnten Bayern grüne Äcker in blau schimmernde Energieparks verwandelt. Viele Gemeinden haben das so gewollt, doch nicht jeder Bürgermeister oder Landrat ist froh darüber. Und schon gar nicht der Deutsche Bauernverband. „Wir wollen keine Solaranlagen auf fruchtbaren Böden“, schimpft dieser. „Wir brauchen sie für Nahrungsmittel.“ Davon ist mittlerweile offensichtlich auch die Bundesregierung überzeugt.

Hauptursache für den wachsenden Unmut gegen die Sonnenkraftwerke sind die steigenden Pachtpreise für Land in einigen Kommunen Bayerns. Viele Bauern mieten Land zur Vergrößerung ihrer Wirtschaftsfläche dazu. Mancherorts ist es aber rar und teuer geworden, da die Besitzer lieber an gut zahlende PV-Betreiber verpachten. Der Bundesverband Solarwirtschaft (BSW) sieht darin jedoch nur ein lokales Problem, das ausschließlich da auftritt, wo viele Bauern wenig Land besitzen und Fläche zupachten müssen. „Wir sehen keine Flächenkonkurrenz zwischen der PV und der Nahrungsmittelproduktion“, sagt BSW-Freilandexperte Rainer Brohm. Solaranlagen spielten flächenmäßig bislang kaum eine Rolle. Sie belegten derzeit nur 2000 der 3,4 Millionen Hektar Ackerland in Deutschland. Das Solarstrom-Magazin Photon hat als Grund für die hohen Pachtpreise vielmehr das strenge bayerische Baurecht ausgemacht. So müssten Solarkraftwerke in Bayern an vorhandene Siedlungsstrukturen angebunden sein, dürften diese aber nicht stören. „Solche Flächen sind in der Tat knapp“, so Herausgeber Philippe Welter. Sobald auf die Pflicht zur Anbindung an bebaute Bereiche verzichtet werden, würden die Pachtpreise wieder sinken.

Beschneidung des Billigmachers

Ökologisch böten Ackerkraftwerke sogar Vorteile, wie die Naturschützer des Nabu erklären. Unter und zwischen den Solarmodulen könnten sich Biotope entwickeln, die gefährdeten Tier- und Pflanzenarten Rückzugsräume bieten. Alternativ ließe sich das Land als Weidefläche nutzen. Argumente gegen Berlins Kürzungspläne hat auch die Solarbranche vorzubringen. In Deutschland werde keine Anlage ohne Gemeindebeschluss gebaut, sagt David Wortmann vom Dünnschichtenanbieter First Solar. Oft ließen Kraftwerksbauer sogar freiwillig Gutachten zur Umweltverträglichkeit erstellen, um Konflikte von vornherein zu vermeiden. „Unsere Erfahrung ist, dass der kommunale Filter gut funktioniert.“ Mit den Ackerkraftwerken würden zudem ausgerechnet die „Billigmacher“ vom Markt verschwinden. „Das eigentliche Ziel der Bundesregierung, die Kosten für Solarstrom zu senken, wird damit ins Gegenteil verkehrt“, so Wortmann.

Die Solarindustrie hofft daher, dass sie im laufenden Gesetzgebungsverfahren noch Einfluss auf Röttgens Pläne nehmen kann. So will sich der BSW für die Entwicklung neuer Leitlinien für Freilandanlagen stark machen, um agrarische Belange vor Ort künftig noch besser abwägen zu können. Doch die Chancen für Änderungen stehen nicht gut. Die Fraktionen sind sich offensichtlich einig in der Absicht, die Förderung drastisch zu kürzen. Allein der Zeitpunkt des Inkrafttretens ist strittig. Röttgen peilt den 1. Juli an. Hier widerspricht Nüßlein, der den 1. September vorzieht: Planungssicherheit für Bürger und Unternehmen sei erstes Gebot. ◀